

Positionspapier der SPD-Fraktion im Römer zum Entwurf des Integrations- und Diversitätskonzeptes

Der Entwurf des Integrationskonzeptes: Viel Bestandsaufnahme, wenig Konkretes

Für die SPD-Fraktion im Römer ist Integrationspolitik eine der wichtigsten Zukunftsaufgaben für die Gestaltung unserer Stadt. Sie hat Querschnittscharakter. Chancengleichheit und gleichberechtigte Teilhabe müssen in allen gesellschaftlichen Bereichen ihren Niederschlag finden.

Die SPD-Fraktion hatte bereits im Jahr 2007 in einem Antrag ein Gesamtintegrationskonzept gefordert. Von daher begrüßen wir das nun vorgelegte Entwurf als den längst fälligem Konzeptentwurf des Magistrates.

Leider erschöpft sich der Konzeptentwurf weitgehend in der Darstellung und soziokulturellen Beschreibung des Ist-Zustandes. Neben der Auflistung bekannter und seit Jahren allgemein zugänglicher Daten aus den Statistischen Jahrbüchern der Stadt Frankfurt und bundesweit bekannten Analysen, z.B. der Sinus-Studie, werden die bestehenden integrationspolitischen Instrumente der Stadt, die seit Jahren mit der Unterstützung von jeweils großen politischen Mehrheiten aus dem städtischen Haushalt gefördert werden, in aller Ausführlichkeit beschrieben.

Der Konzeptentwurf ließt sich zunächst in vielen Teilen schlüssig, was auch an der nicht enden wollenden Aneinanderreihung von bekannten Tatsachen und Selbstverständlichkeiten liegt.

Leider bleibt der Konzeptentwurf in vielen konkreten Punkten vage. Auch wenn nur ein „Entwurf“ geschrieben wurde: Die Fachdezernentin hat an dieser Stelle nicht nur eine Moderatorenrolle, sondern vor allem die Aufgabe, zu sagen, wo es in Frankfurt in den kommenden Jahren integrationspolitisch hingehen soll. Diesen Anspruch löst das Konzept nicht ein und kommt über ein „Wir schlagen vor“ am Ende jedes Unterkapitels nicht hinaus. Mit der Metaebene allein ist es jedoch, gerade in diesem Politikfeld, nicht getan.

Insgesamt klafft zwischen der auf nicht weniger als 235 Seiten mit soziologischer Beredsamkeit ausgebreiteten Panoramasicht und den vorgeschlagenen Maßnahmen ein kurioses Missverhältnis.

Bezeichnend ist, dass der Haushalt für die Jahre 2010/2011 weder zusätzliche Mittel noch Personal für die Umsetzung des Integrationskonzeptes enthält. Von daher liegt die einzige Konsequenz des Integrationskonzeptes zunächst darin, dass nunmehr weitere Konzepte in Auftrag gegeben werden. Das allein ist aber als Konsequenz eines mehrjährigen Dezernatshandelns zu wenig.

Die SPD-Fraktion erwartet in der für April 2010 angekündigten Magistratevorlage neben der Formulierung eines integrationspolitischen Leitbildes eine kurze und klare Auflistung der Maßnahmen, für die sich der Magistrat entschieden hat. Dazu ist jeweils aufzulisten, welche finanziellen und personellen Mittel zur Umsetzung der jeweiligen Maßnahmen der Magistrat für erforderlich hält.

Diversität ist eine Zustandsbeschreibung, aber kein Leitbild

Die zu Beginn des Konzeptentwurfes gemachte grundsätzliche Einschätzung, dass die alterhergebrachte Aufteilung der Stadt in ethnische Einwanderergruppen und deutsche Mehrheitsgesellschaft die aktuelle Situation in Frankfurt nicht korrekt widerspiegelt, ist zweifelsohne richtig. Gleiches gilt für die festgestellte mehrfache Identitätsbildung vieler Menschen in unserer Stadt, die an der starken Identifikation mit Frankfurt nichts ändert. Ja, das bunte Frankfurt bietet immenses Potenzial in jeglicher Hinsicht, allerdings nicht für alle in gleichem Maße.

Der Konzeptentwurf stellt in seiner Formulierung offensichtlich das Bewusstsein einer Gruppe in den Vordergrund, die Einwanderung problemlos als Chance begreift und diese zu nutzen versteht. In erster Linie handelt es sich dabei um die gebildeten, gut ausgebildeten und gut verdienenden Menschen aller ethnischen Milieus. Diese Gruppe ist allerdings sehr gut selbst in der Lage und willens, sich zu vernetzen, ihre Interessen zu vertreten und die Chancen einer vielfältigen Gesellschaft zu nutzen. Wer integriert ist, für den braucht es aber kein Integrationskonzept.

Die multikulturelle Charakteristik der Stadt ist nur die Zustandsbeschreibung einer Realität, jedoch kein Gesellschaftsmodell oder gar eine Vision. Ebenso wenig ist die neue Begriffsbestimmung der „Milieus in der „Super-Vielfalt“ eine Vision für ein neues Gesellschaftsmodell. Sie ist vielmehr eine Beschreibung der verschiedenen Untergruppen von Menschen aus unterschiedlichen sozialen und (sub-)kulturellen Prägungen in der multiethnischen und multikulturellen Stadtgesellschaft Frankfurts. Dies ist jedoch nicht qua definitionem nur positiv, wie es der Entwurf zum Teil suggeriert. Wenn man von Milieus spricht, darf nicht übersehen werden, dass es auch Milieus in dieser Stadt gibt, die abgehängt sind, die nicht partizipieren (können) – während andere dies an vielen Stellen gleichzeitig tun.

Es fehlt jede Problematisierung, dass innerhalb der Einwanderungsgesellschaft Tendenzen zur Bildung von Parallelgesellschaften und zur Abschottung, strukturelle Diskriminierung von Migranten einerseits und Ängste der Einheimischen vor dem Verlust der kulturellen Dominanz andererseits, sowie vor allem unterschiedliche soziale Schichtungen in der Stadt vorhanden sind.

Die Ausrichtung Frankfurts am Leitbild der „Global City“ ist gerade aus integrationspolitischer Sicht problematisch, da „Global Cities“ wie New York, London oder Paris sich durch ein hohes Maß sozialer und kultureller Konflikte,

wie ethnische Auseinandersetzungen bis hin zu Rassenunruhen, Segregation in den Wohngebieten, große soziale Unterschiede, hohe Kriminalitätsraten etc. auszeichnen.

Letztlich bleibt auch eher fraglich, ob die festgestellte „Super-Vielfalt“ von Dauer sein wird.

Islam – Befürchtungen entgegentreten und Grenzen setzen

Zu den Problemen in dieser Stadt gehört die Angst vor Andersgläubigen, allen voran vor dem Islam, der immer öfter mit einem politisch motivierten Islamismus gleichgesetzt wird.

Ein Konflikt wie beispielsweise um den Moscheebau in Hausen wird im Konzeptentwurf so zusammengefasst, das Ganze nicht zu dramatisieren und als notwendiges Ringen um eine „gemeinsame Zukunft in einer diversen Stadt“ zu betrachten. Spätestens im Laufe dieser und der darauf folgenden Debatte haben auch alle in Frankfurt gemerkt, dass der oft beschworene Konsens über unsere Einwanderungsstadt nicht von allen Menschen mitgetragen wurde und wird. Dies gilt für manche Alteingesessenen ebenso wie für Angehörige zugewanderter Milieus, die Teile unserer Wertordnung nicht mitzutragen bereit sind. Es geht dabei weder um Dramatisierung noch Verharmlosung, sondern um klar definierte Grundlagen und Werte, die in Frankfurt zum Kern unseres Selbstverständnisses gehören und deren Akzeptanz für alle religiösen Gruppen in unserer Stadt unabdingbar ist.

Die Differenzen zwischen der Mehrheitsgesellschaft und den Einwanderern aus muslimischen Ländern beruhen weniger auf unterschiedlichen religiösen Vorstellungen, sondern auf unterschiedlichen kulturellen, sozialen und bildungsmäßigen Voraussetzungen.

Zunächst gilt es, dem von manchen erweckten Eindruck einer bedrohlichen kompakten islamischen Masse entgegenzutreten. Der Anteil der Muslime an der Frankfurter Bevölkerung wird oft pauschal mit ca. 10 % angenommen. Diese Zahl kommt offensichtlich dadurch zustande, dass alle Migranten aus Herkunftsländern mit überwiegend islamischer Bevölkerung pauschal als „Muslime“ gezählt werden. Das lässt jedoch unberücksichtigt, dass ein Teil der Menschen aus Herkunftsländern mit überwiegend islamischer Bevölkerung christlich (z.B. syrisch-orthodox, koptisch), betont muslimisch-säkular (Türken in der Tradition von Atatürk) oder sogar Verfolgte seitens extremistischer Islam-Richtungen (Iran, Afghanistan) sind. Überdies stellen auch die vom Islam überzeugten Menschen keine geschlossene Gruppe dar. Diese Menschen stellen stattdessen je nach religiöser Zugehörigkeit (Sunniten /Schiiten), den unterschiedlichen islamischen Rechtsschulen, dem Herkunftsland, der Bildung und dem sozialen Status eine höchst heterogene Gruppe dar. Manche islamischen Gruppen waren und sind selbst Opfer von Verfolgung seitens anderer islamischer Gruppen.

Diese Vielfalt wird oft von Vertretern islamischer Verbände ebenso unterschlagen, wie von denjenigen, die in populistischer Absicht die islamische Gefahr an die Wand malen. Wir müssen deshalb falschen Pauschalisierungen entgegentreten und die Differenziertheit der Menschen aus mehrheitlich islamisch geprägten Herkunftsländern deutlich machen.

Die islamischen Verbände, die für ihre Mitglieder sprechen, sind für die Stadt ein wichtiger Gesprächspartner. Genauso darf aber nicht vergessen werden, dass viele Zuwanderer aus mehrheitlich muslimischen Staaten sich als säkulare Muslime oder religiös indifferente betrachten und sich durch die muslimischen Verbände nicht vertreten fühlen.

Wir erwarten von den muslimischen Verbänden das Bekenntnis zu den demokratischen Grundwerten unserer Rechtsstaates, allen voran der Meinungs- und Religionsfreiheit. Ebenso erwarten wir eine klare Absage an den Terrorismus und an menschenverachtende Regimes wie das gegenwärtige im Iran.

Umgekehrt müssen die Moscheegemeinden darauf bauen können, dass sie ohne Vorurteile angehört, als Gesprächspartner auf Augenhöhe akzeptiert werden und ihr Recht, ihren Glauben zu praktizieren und zu zeigen, nicht in Frage gestellt wird.

Dazu gehört ausdrücklich das Recht, in würdiger und repräsentativer Form Moscheen zu errichten. Dazu gehört auch das Recht, sich tradierter Elemente der islamischen Architektursprache zu bedienen, wie Kuppel oder Minarett. Umgekehrt gilt dabei natürlich auch die Erwartung, dass die Moscheegemeinden Rücksicht auf das bestehende Stadtbild nehmen und bauliche Machtgebärden gegenüber bereits existierenden Sakralbauten vermieden werden. Das Baugesetzbuch bietet zur Durchsetzung dieses Grundsatzes ausreichende Instrumentarien.

Zur Religionsfreiheit gehört dabei das Recht zum Glauben ebenso wie das Recht zum Zweifel und zum Abfall vom Glauben.

Zur Religionsfreiheit gehört auch das Recht, den Glauben durch äußere Zeichen, z.B. eine bestimmte Kleidung, zum Ausdruck zu bringen. Umgekehrt darf niemand gegen seinen Willen zum Tragen einer bestimmten Kleidung gedrängt werden. Vollverschleierungen, die auch vom Koran nicht vorgeschrieben sind, wie z.B. die Burka, sind abzulehnen.

Zu den rechtlichen Grundlagen unserer Gesellschaftsordnung gehört die Einhaltung der Schulpflicht. Dazu gehört auch, dass dafür gesorgt werden muss, dass die Teilnahme an Schwimmunterricht, Sportunterricht und Klassenfahrten für alle Kinder verpflichtend ist und nicht unter dem Vorwand religiöser Regeln Ausnahmen geschaffen werden, was im Konzept gar keine Erwähnung findet.

Die SPD-Fraktion im Römer spricht sich an dieser Stelle erneut für eine schnelle Einführung eines islamkundlichen Unterrichtes aus, in dem über den Islam, seine Grundlagen und seine Geschichte umfassend informiert wird, unabhängig von den einzelnen islamischen Glaubensrichtungen und Rechtsschulen.

Alle Kinder, die aus Familien mit muslimischem Hintergrund kommen, haben das Recht, umfassend über ihre Religion informiert zu werden. Er ist direkt umsetzbar, soll allen Kindern muslimischen Glaubens zugänglich sein und ist inhaltlich unproblematisch. Dagegen wird es noch viele Jahre brauchen, um einen bekenntnisorientierten Islamunterricht nach Artikel 7 GG anzubieten, da dazu die institutionellen Voraussetzungen weitgehend fehlen. Es ist deshalb pragmatisch richtig, zunächst auf eine schnell realisierbare Übergangslösung zu setzen.

Bildung ist die Grundlage der Integration

Es ist eine Tatsache, dass die Frankfurterinnen und Frankfurter mit Migrationshintergrund überdurchschnittlich oft von Arbeitslosigkeit und geringerer beruflicher Qualifikation betroffen sind. Kinder und Jugendliche dieser Familien haben deutlich schlechtere Bildungschancen, werden in unserem Schulsystem nicht so gefördert, wie es möglich und nötig wäre und haben schlussendlich größere Probleme, später für sich selbst zu sorgen.

Eine „Global City“ der Super-Vielfalt bleibt so für viele Menschen abstrakt und für sie selbst nicht erlebbar. Wer selbst nicht viel hat, bleibt oft bei den immer härter werdenden Verteilungskämpfen auf der Strecke und kann naturgemäß die Möglichkeiten einer Einwandererstadt nicht erfahren. Wer in einer Wohnsiedlung lebt, deren Bewohner sich zusehends in einer prekären sozialen Lage befinden und in deren nächsten Grundschule sich immer weniger Kinder finden, deren Muttersprache Deutsch ist, der wird den Slogan „Diversität als Chance“ als Zynismus begreifen. Dies gilt für Bürger mit und ohne Migrationshintergrund in gleicher Weise. Wer kann, geht, und wer nicht kann, versucht sich zu arrangieren. Der Einschätzung des Konzeptes, dass die soziale Segregation viel problematischer ist als die ethnische, ist zuzustimmen. Allerdings wird die soziale Segregation durch eine gleichzeitige ethnische potenziert.

Diese Stadtteile brauchen noch dringender als andere personell gut besetzte Kindertagesstätten mit Ganztagsbetreuung, Sprachförderung, Elternarbeit und frühkindlicher Bildung. Und im Anschluss eine Ganztagschule mit Hausaufgabenhilfe und Schulsozialarbeit, unter Mitarbeit der Vereine und freien Träger im Stadtteil. Wir müssen dazu kommen, die Schulsozialarbeit in allen Schulen anzubieten, die einen überproportionalen Anteil von Schülern aufweisen, die aus Haushalten mit prekären Lebensumständen stammen.

Grundlage für den späteren Bildungserfolg und einen erfolgreichen Einstieg ins Erwerbsleben ist das Erlernen und Beherrschen der deutschen Sprache in Wort und Schrift. In einer Gesellschaft, in der immer mehr Berufe dominieren, die ein hohes Maß an mündlicher oder schriftlicher Kommunikation erfordern, ist ohne die entsprechende Sprachkompetenz ein Ausbildungsvertrag oder ein sonstiger Einstieg ins Erwerbsleben in immer weniger Tätigkeitsfeldern möglich.

Ebenso unterstützen wir ausdrücklich die Forderung des Integrationskonzeptes nach mehr bilingualen Angeboten in mehr Sprachen. Auch dies ist eine alte Forderung der SPD-Fraktion. Durch bilinguale Angebote werden die zusätzlichen

Fähigkeiten der Migranten sowohl für die Betroffenen selbst als auch für die Wirtschaft erschlossen. Dies ist allerdings kein Ersatz für ausreichende Deutschkenntnisse.

Für den Bildungs- und Ausbildungserfolg wichtig ist, dass Schülerinnen und Schüler aus verschiedenen Schichten möglichst lange gemeinsam unterrichtet werden, damit ein ausreichend gutes Durchschnittsniveau der Klassenverbände gewährleistet wird.

Ein getrenntes Lernen der Schülerinnen und Schüler aus Haushalten mit unterschiedlichen Bildungsniveaus läuft dem Ziel der Integration entgegen. Deshalb befürworten wir die Beibehaltung und Einhaltung der Schulbezirksgrenzen gemäß Hessischem Schulgesetz. Wir befürworten die Einrichtung von zusätzlichen Gesamtschulen dort, wo eine entsprechende Nachfrage besteht, wie zum Beispiel im Frankfurter Westen. Auch dazu fehlt ein Wort der Integrationsdezernentin.

Ein hohes Maß an Integration in das örtliche Stadtteilleben kann durch frühzeitige Integration in die Vereine, z.B. in die Sport- oder kulturellen Vereine, erreicht werden. Wir wollen deshalb die Verzahnung zwischen den Schulen und der Jugendarbeit der Vereine intensivieren. Dazu sollen auch Schüler mit Migrationshintergrund stärker als bisher frühzeitig für die Übernahme ehrenamtlicher Vereins- und Verbandsarbeit gewonnen werden, ein Bereich, in denen Migranten derzeit noch immer stark unterrepräsentiert sind.

Verbesserung der Wohnsituation - Zusammenleben in den Stadtteilen

Viele Migranten sind von Wohnungsknappheit stärker betroffen als der Durchschnitt der Bevölkerung. Während der Ausländeranteil an der Gesamtbevölkerung ca. 25 % beträgt, beträgt der Ausländeranteil bei den Bewerbern für Sozialwohnungen über 50 %. Für alle Bewerber mit Migrationshintergrund ergibt sich sicher ein ähnliches Bild.

Diese Zahlen spiegeln die Tatsache wider, dass der Anteil der Migranten an den un-teren Einkommensschichten bzw. an der arbeitslosen Bevölkerung überproportional hoch ist. Von daher sind Migranten von der wachsenden Nachfrage nach Wohnungen und der daraus resultierenden Verknappung auf dem Wohnungsmarkt insgesamt stärker betroffen als die Nichtmigranten, was auch darin zum Ausdruck kommt, dass nach den Befragungen des Bürgeramtes für Statistik und Wahlen die Wohnungssituation in der Stadt von Migranten deutlich negativer bewertet wird als von den Nichtmigranten.

Die Anzahl der Wohnungen, für die das Amt für Wohnungswesen ein Belegungsrecht hat, ist im letzten Jahrzehnt um mehr als 25 %, in absoluten Zahlen um mehr als 10.000 Wohnungen zurückgegangen. Da der Zubau von geförderten Wohnungen anhaltend deutlich niedriger ist, als die Zahl der Wohnungen, die aus der Sozialbindung herausfallen, reduziert sich die Zahl der zur Verfügung stehenden Sozialwohnungen in den nächsten Jahren weiter.

Die Vermittlungsquote für die Bewerber um eine Sozialwohnung liegt derzeit bei ca. 35 %, die Vermittlungsquote bei den nichtdeutschen Haushalten liegt mit ca. 29 % deutlich unter dem Durchschnitt.

Die Konzentration von nichtdeutschen Haushalten mit prekärem Hintergrund wird deshalb, noch mehr als die Konzentration von deutschen Staatsbürgern mit prekären Lebenssituationen, in bestimmten Wohnlagen noch stärker als bisher zunehmen, wenn nicht gegengesteuert wird. Mit allen Folgen wie der weiteren Entmischung in den entsprechenden wohnortnahen Schulen.

Die SPD-Fraktion hat jetzt erneut wie bereits in den letzten Haushaltsberatungen die Forderung nach einem zusätzlichen Wohnungsbauprogramm für untere und mittlere Einkommenschichten aufgestellt. Diese Forderungen der SPD-Fraktion wurden von der schwarz-grünen Mehrheit bisher stets abgelehnt. Auch ein besonderes Engagement der Fachdezernentin für multikulturelle Angelegenheiten in dieser Frage ist nicht bekannt, was für eine Migrationsdezernentin ein Armutszeugnis darstellt.

Anstatt ein Konzept vorzulegen, wie Segregation in den Stadtteilen vermindert werden und Probleme nachbarschaftlichen Zusammenlebens in bestimmten Stadtteilen und Quartieren überwunden werden kann, trägt die Stadt und das Land weiter zur Segregation bei, in dem an der sogenannten Fehlbelegungsabgabe festgehalten wird. Dadurch wird sogar noch zusätzlich einer einseitigen Zusammensetzung der Bevölkerung in bestimmten Siedlungen Vorschub geleistet. Wir treten deshalb für die Abschaffung der Fehlbelegungsabgabe ein und erwarten von der Integrationsdezernentin dazu eine klare Positionierung der Stadt.

Die Einrichtung von Quartiersmanagern im Rahmen des Projektes Soziale Stadt gehört zu den erfolgreichsten Maßnahmen der Stadtteilintegration. In einer Vielzahl von Fällen ist es dadurch gelungen, Initiativen und Institutionen vor Ort stärker, zum Teil erstmals, zu vernetzen. Viele kleinere Probleme konnten durch das Wirken der Quartiersmanager schnell und unbürokratisch gelöst werden. Als entscheidende Schwäche hat sich neben der zu geringen Zahl die zu kurze Laufzeit der Projekte herausgestellt. Kaum hat sich das Quartiersmanagement etabliert, schon kommt das Aus.

Wir wollen deshalb das Quartiersmanagement auf alle Wohnlagen mit überproportional hohem Anteil an Menschen mit Problemsituationen erweitern und die Laufzeitbeschränkung der Quartiersmanagement-Projekte aufheben.

Zur Stabilisierung der großen Wohnsiedlungen sollte die Präsenz der Hausmeister, auch mit interkulturellen Kompetenzen, in allen Frankfurter Wohnsiedlungen, insbesondere auch den städtischen, ausgebaut werden. So kann der baulichen Verwahrlosung der großen Siedlungen frühzeitig entgegengewirkt werden.

Was Stadtteile dagegen nicht brauchen, sind weitere Modellprojekte, die eine Insellösung bieten und sich unter Stadtmarketing-Gesichtspunkten vielleicht gut

verkaufen mögen, ansonsten der großen Masse der Stadtteile aber nichts bringen. Wichtig ist stattdessen die Ausweitung bewährter Konzepte auf alle Stadtteile, die dies nötig haben.

Stärkere Interkulturelle Öffnung der Stadtverwaltung

Die Zielformulierung hin zu einem systematischen Diversitätsansatz im Bereich der städtischen Beschäftigungspolitik kann nur unterstützt werden. Die Realität der Stadtgesellschaft muss sich in ihrer Verwaltung widerspiegeln.

Allerdings sind die Erfolge in diesem Bereich nur marginal: Nach wie vor ist der Anteil der Beschäftigten und der Auszubildenden mit Migrationshintergrund in der Verwaltung zu gering. Trotz vieler Bemühungen und Bekundungen sowie zahlreichen Anträgen gibt es bis heute keine signifikante Veränderung dieser Situation. Wir befürworten deshalb eine konkrete Selbstverpflichtung der Stadt, in den nächsten fünf Jahren den Anteil der Beschäftigten und Auszubildenden mit Migrationshintergrund in der Stadtverwaltung und in den städtischen Unternehmen zu verdoppeln.

Gerade in den vielen Bereichen, in denen die Stadt mit Zielgruppen zu tun hat, die einen hohen Migrantenanteil aufweisen, wie z.B. in der Jugend- und Sozialarbeit, kann die Beschäftigung von Mitarbeitern, die selbst über einen Migrationshintergrund verfügen, den Zugang zu, aber auch die Autorität gegenüber den Zielgruppen stärken.

Hierzu ist eine Ausbildung über den Bedarf notwendig. Die Stadtverwaltung übernimmt das in der freien Wirtschaft entwickelte Konzept des „Diversity Management“ für die Fach- und Führungskräfte, um die interkulturelle Qualifikation und Kompetenz auszubauen, wie es auch im Konzept vorgeschlagen wird. Interkulturelle Kompetenz muss als Standard in den jeweiligen Verwaltungseinheiten strukturell verankert werden. Zu diesem Zweck entwickelt der Magistrat interkulturelle Leitlinien für die Verwaltung.

Politische Beteiligung

Die SPD-Fraktion begrüßt das Plädoyer des Konzepts für die Einführung einer Mehrstaatlichkeit. In der Tat wäre die Möglichkeit, die deutsche Staatsbürgerschaft, annehmen zu können ohne den Zwang, die alte aufgeben zu müssen, ein Schritt in die richtige Richtung.

Unverständlich ist dagegen die indifferente Haltung des Konzeptes zum Thema Kommunales Wahlrecht für alle länger in der Stadt Lebenden. Diese Frage wird zwar, ebenso wie der Doppelpass, auf Bundesebene entschieden. Gerade die Stadt Frankfurt ist jedoch aufgerufen, sich in dieser Frage klar zu positionieren. Die Stadt sollte sich zur Forderung nach Einführung des kommunalen Wahlrechtes für alle Bürger, die seit mindestens fünf Jahren in der Stadt leben, bekennen.

Bei allem Respekt für vernetzte Diskussionsgruppen garantiert letztlich nur das Kommunale Wahlrecht für alle länger in der Stadt Lebenden den vollen Zugang zu den kommunalen Entscheidungsgremien. Hier kneift die Integrationsdezernentin unverständlicherweise.

Stadtinterne Organisationsfragen

Wir unterstützen den Vorschlag des Konzeptentwurfes, eine Leitungsgruppe der Amtsleiter und eine regelmäßig stattfindende Integrationskonferenz einzurichten, ebenfalls alte Forderungen der SPD-Fraktion, die nichts an Dringlichkeit verloren hat, soll Integrationspolitik wirklich als Querschnittsaufgabe verankert werden. Die Einrichtung einer ämterübergreifende Steuerungsgruppe unter der Federführung der Oberbürgermeiste/rin, die Leitlinien und Handlungsstrategien für eine nachhaltige kommunale Integrationspolitik für die Stadt entwickelt und klare Zuständigkeiten festlegt (Leitstelle Integration), halten wir für unabdingbar. Das Ziel ist die Bündelung von Maßnahmen, die organisatorische Verbesserung und strukturelle Verankerung von Integration und Interkulturalität in allen Verwaltungseinheiten voranzubringen.

Die Aufgabe des Integrationsdezernates sollte in Zukunft durch einen hauptamtlichen Dezernenten wahrgenommen werden. Gerade die Steuerungs- und Koordinierungsaufgaben in vielen Bereichen erfordern eine kontinuierliche Präsenz des Dezernenten, die ehrenamtlich nicht zu leisten ist.

Die Abschaffung des eigenständigen Integrationsausschusses und dessen Eingliederung in den Bildungsausschuss hat sich nicht bewährt. Auch wenn sicherlich zu dem Thema Bildung eine inhaltliche Nachbarschaft besteht, gerät das Thema Integration zu oft in eine Nebenrolle. Hier sei nur an die monatelangen Diskussionen im Bildungsausschuss über die Mehrkosten oder die PPP-Projekte erinnert. Wir treten deshalb dafür ein, dass wieder ein eigenständiger Ausschuss für Integration gebildet wird.

Schlussendlich ist eine künftige Umsetzungsberichterstattung, flankiert von einem Monitoring mit belastbaren Daten, sicherlich ein wenn auch aufwändiger so doch vielversprechender Weg, Integrationspolitik in Frankfurt evaluierbar und transparent zu machen.